B-1-140: Wir brechen auf – Bundestagswahl 2021

Antragsteller*innen Jonas Graeber, Sebastian Hansen, Hannes Rosenitsch, Maximilian Hirschberger, Helena Kontny, Konstantin Mack, Hannah Oschmann, Liv Erfurth

Antragstext

Von Zeile 139 bis 140 einfügen:

ein klares Zeichen. Wir grenzen uns nicht untereinander ab, handeln verantwortungsbewusst und kämpfen für eine bessere Zukunft - weltweit!

Für eine progressive Innenpolitik und gegen die extreme Rechte!
Egal ob automatische Gesichtserkennung bei Videoüberwachung, Staatstrojaner für die Geheimdienste oder das Vorgehen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen: unsere Grundrechte befinden sich unter Dauerbeschuss und die Innenpolitik in Deutschland ist von Autoritarismus geprägt. Gleichzeitig wird in immer schnellerer Taktfolge das Ausmaß extrem rechter Netzwerke in den Sicherheitsbehörden bekannt und im Parlament sitzt eine rechtsextreme Partei. Wir müssen dagegenhalten und diese Angriffe auf die Demokratie und die offene Gesellschaft zurückschlagen! Innenpolitik geht auch anders - mit unabhängigen Ermittlungsstellen zur Kontrolle polizeilicher Arbeit, der konsequenten Entfernung von Nazis aus dem Staatsdienst, der Abschaffung des rechtsoffenen Verfassungsschutzes und einem echten Demokratiefördergesetz zur Stärkung der Zivilgesellschaft. 2021 werden wir weder der extremen Rechten noch dem herrschenden Autoritarismus in der Innenpolitik das Feld überlassen. Alerta!

Begründung
Neben Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit ist auch der Antifaschismus eines der zentralen Themen der GRÜNEN JUGEND. 2021 ist es wichtiger denn je, dass wir uns klar gegen die extreme Rechte stellen. Dies muss auch außerhalb von Bündnissen mit anderen Akteur*innen geschehen; insbesondere müssen wir in der Innenpolitik progressive Forderungen stellen und diese im Wahlkampf offensiv vertreten. Mit dem Änderungsantrag wird dem Wahlkampfteam ein klarer Auftrag erteilt, das Themenfeld "Antifaschismus und Innenpolitik" auch in der allgemeinen Kampagne zur Bundestagswahl zu berücksichtigen.